Inhaltsverzeichnis

Einführung	23
I. Zunehmende Häufung von extremen Katastrophenfällen	23
II. Die potentiellen Verantwortlichen im Katastrophenfall	25
III. Fehlende Leitlinien in der internationalen Katastrophenhilfe	27

Erster Teil

Internationaler Katastrophenschutz und die Entwicklung eines neuen Teilbereichs des besonderen Völkerrechts	32
A. Herausbildung des Katastrophenhilfsvölkerrechts	32
I. Historische Entwicklung des Umgangs mit Katastrophenfällen	32
1. Antike	32
a) Griechenland	34
b) Rom	36
2. Christianisierung im Mittelalter: Gründung souveräner Ritterorden zur Bewältigung humanitärer Aufgaben	38
3. Zeit der Aufklärung und der naturrechtlichen Lehre	40
4. Gründung des Roten Kreuzes im 19. Jahrhundert	41
5. Institutionalisierung: Gründung der International Relief Union (IRU) 1927	45
6. Die Arbeit der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen	47
a) United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA)	47
b) Erste Maßnahmen und Resolutionen der internationalen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe in den 1960er Jahren	50
aa) Resolutionen der UN-Generalversammlung	50
bb) Institutionalisierung der Katastrophenhilfe im UN-System	59
c) „Internationale Dekade für die Verringerung von Naturkatastrophen“ und Fokussierung auf humanitäre Hilfe	63
d) Zusammenfassung	68
7. Sonstige Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg	69
a) North Atlantic Treaty Organization (NATO)	69
b) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	72

8. Zwischenergebnis: Humanitäre Hilfe in Krieg und Frieden	72
II. Anlass und Motivation für die völkerrechtliche Beschäftigung mit dem Bereich der internationalen Katastrophenhilfe im 21. Jahrhundert	74
1. Rechtliche Vernachlässigung der internationalen Katastrophenhilfe in der Vergangenheit	74
2. Entstehung eines neuen Rechtsgebiets in Gestalt des Katastrophenhilfe- bzw. -schutzvölkerrechts im 21. Jahrhundert.	76
3. Zusammenfassung.	77
B. Definition und Feststellung des völkerrechtlichen Katastrophenfalles	79
I. Definition des Katastrophenfalles	79
1. Allgemeiner Sprachgebrauch	80
2. Definition anhand von Art und Ursache der Katastrophe	82
a) Wesenskern des Katastrophenbegriffs: Beschränkung auf Naturkatastrophen	82
b) Plötzliche und sich langsam entwickelnde Naturkatastrophen . .	87
c) Erweiterte Begriffsbestimmung: Mit Naturkatastrophen vergleichbare Fallkonstellationen	91
aa) Katastrophen natürlichen Ursprungs, für deren Entstehung Menschen mitursächlich waren oder gewesen sein können	91
bb) Industrieunfälle, technische Unfälle, Zwischenfälle und Störungen	94
cc) (Internationale) bewaffnete Konflikte	96
(1) Internationale bewaffnete Konflikte	96
(2) Nicht-internationale bewaffnete Konflikte	99
(3) Interne Unruhen und Spannungen	101
dd) Wirtschaftliche und politische Krisen	106
ee) Flüchtlingskrisen	108
ff) Terrorismus	108
gg) Zwischenergebnis	110
3. Indikatoren zur Bestimmung von Wirkung und Effekt der Katastrophe.	111
a) Ausmaß der negativen Folgen der Katastrophen	111
aa) Geographische Verteilung der Schäden: Internationalität des Katastrophenfalles	112
bb) Leidtragende der Katastrophe	113
cc) Schadenseintritt vs. Gefährdungslage	114
dd) Quantität der Schäden	116
b) Negativabgrenzung: Fehlende Kapazität des Staates, die Katastrophe eigenständig zu bewältigen	122
c) Auswirkungen der Katastrophe auf die Gesellschaft	125
d) Bestimmung anhand existierender vergleichbarer Begriffe für Notlagen	126

aa)	Katastrophe als Anwendungsfall von <i>force majeure</i> im Sinne von Art. 23 der Artikel der ILC zur Staatenverantwortlichkeit bzw. als allgemeiner Rechtsgrundsatz im Sinne von Art. 38 lit. c IGH-Statut	126
bb)	Katastrophe als Fall des öffentlichen Notstands im Sinne von Art. 15 EMRK	129
cc)	Katastrophe als Fall des öffentlichen Notstands im Sinne von Art. 4 IPbpR	130
e)	Zwischenergebnis	131
4.	Arbeitshypothese zur Definition des Katastrophenfalles	132
5.	Eingrenzung der internationalen Katastrophenhilfe <i>ratione temporis</i>	133
6.	Ergebnis	135
II.	Befugnis zur Feststellung des Vorliegens eines Katastrophenfalles	137
C.	Rechtsverbindlichkeit der gegenseitigen Katastrophenhilfe – das Katastrophenhilfsvölkerrecht als Untersuchungsgegenstand bei der Ermittlung von Völkergewohnheitsrecht	139
I.	Internationale Übereinkünfte allgemeiner oder besonderer Natur (Art. 38 Abs. 1 lit. a IGH-Statut)	140
II.	Internationales Gewohnheitsrecht als Ausdruck einer allgemeinen, als Recht anerkannten Übung (Art. 38 Abs. 1 lit. b IGH-Statut)	145
1.	Grundsätze	145
2.	Quellen zur Feststellung der Staatenpraxis	147
3.	Rechtsüberzeugung (<i>opinio iuris</i>)	149
4.	<i>Soft law</i> : Relevanz für die Feststellung von Völkergewohnheitsrecht oder Rechtsquelle eigener Art?	150
a)	Definition	150
b)	Wichtige <i>soft law</i> Instrumente der internationalen Katastrophenhilfe	154
c)	Private Rechtsetzung als <i>soft law</i> ?	160
5.	Zwischenfazit	162
III.	Von den Kulturvölkern anerkannte allgemeine Rechtsgrundsätze (Art. 38 Abs. 1 lit. c IGH-Statut)	163
IV.	Richterliche Entscheidungen und die Lehrmeinung der fähigsten Völkerrechtler als Hilfsmittel für die Feststellung von Rechtsnormen (Art. 38 Abs. 1 lit. d IGH-Statut)	164
V.	Ergebnis	168

**Verhaltenspflichten des betroffenen Staates
im Katastrophenfall**

169

A.	Innerstaatliche Pflicht zur Katastrophenhilfe	169
I.	Dogmatische Herleitung der Verhaltens- und Schutzpflichten des betroffenen Staates gegenüber der Bevölkerung	170
1.	Primäre Rolle des Staates im Katastrophenfall	170
a)	Herleitung aus dem Prinzip der Souveränität	170
b)	Völkergewohnheitsrechtliche Verankerung	172
2.	Inhalt der primären Rolle des betroffenen Staates im Katastrophenfall – originäre Schutzpflichten gegenüber der Zivilbevölkerung	177
a)	Menschenrechtliche Verträge und ihre Vorgaben für den Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall	178
aa)	Verpflichtung zum Schutz des Lebens	178
bb)	Schutz der Gesundheit und Recht auf Nahrung und Wasser	182
cc)	Besondere Gewährleistungen im Katastrophenfall	186
b)	Völkergewohnheitsrechtlich verankerte menschenrechtliche Vorgaben für den Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall	187
c)	Ein Menschenrecht auf humanitäre Hilfe im Katastrophenfall?	187
d)	Responsibility to Protect?	193
e)	Kooperationspflicht	196
f)	Analoge Anwendung des humanitären Völkerrechts?	199
g)	Zwischenergebnis	200
II.	Aufgaben des betroffenen Staates im Katastrophenfall: Gefahrenabwehr – Katastrophenschutz – Katastrophenhilfe	201
B.	Pflicht des betroffenen Staates zur subsidiären Inanspruchnahme externer Katastrophenhilfe	204
I.	Pflicht des betroffenen Staates, internationale humanitäre Hilfe anzufordern	205
1.	Völkerrechtliche Bindungswirkung	206
a)	Pflicht, internationale Akteure um Hilfe zu ersuchen, als Bestandteil der völkerrechtlich bindenden Pflicht zum Schutz der Menschenrechte der Bevölkerung	206
b)	Pflicht, internationale Akteure um Hilfe zu ersuchen, als Norm des Völkergewohnheitsrechts	208
aa)	Staatenpraxis	208
(1)	Völkerrechtliche Verträge	208
(2)	Praxis begründende Handlungen und Unterlassungen von Staaten	209
bb)	<i>Opinio iuris</i>	212
(1)	Nationale Katastrophenschutzgesetze	212

(2) Staatenäußerungen bei Internationalen Organisationen und vor internationalen Ausschüssen	214
(3) Soft law	217
cc) Rechtserkenntnisquellen – Art. 38 Abs. 1 lit. d IGH-Statut	219
2. Zwischenergebnis	220
3. Voraussetzungen <i>de lege ferenda</i> für die Auslösung einer Pflicht, internationale Akteure um Hilfe zu ersuchen	220
4. Normativer Gehalt <i>de lege ferenda</i>	223
5. Beweismöglichkeiten	227
6. Ergebnis	229
II. Pflicht zur Hilfsannahme und zum Einlass von fremden Staaten, Nichtregierungsorganisationen und sonstigen nicht-staatlichen Akteuren in das Land	229
1. Grundsatz der Zustimmungspflichtigkeit externer Katastrophen- hilfe	229
2. Rechtsverbindlichkeit einer Pflicht, fremde Hilfe anzunehmen ...	230
3. Modifikation der Zustimmungspflicht: Verbot der willkürlichen Zustimmungsverweigerung	231
4. Inhalt der <i>de lege ferenda</i> bestehenden Pflicht, Hilfsangebote nicht willkürlich abzulehnen	234
a) Fehlende Notwendigkeit fremder Hilfe	236
b) Mangelhafte Hilfsangebote	237
aa) Überblick über die Ablehnung von Hilfsangeboten als mangelhaft	238
bb) Völkerrechtliche Zulässigkeit der angeführten Mängel – Vergleich mit anderen Bereichen des Völkerrechts	240
cc) Anwendung anderer Bereiche des Völkerrechts auf das Katastrophenhilfsvölkerrecht	244
c) Sonstige abwägungs- und ermessensrelevante Gründe	246
aa) Generelle Willkürklassifikation bei dominierender politi- scher Motivation für die Ablehnung der fremden Hilfe	246
(1) Myanmar	246
(2) Nordkorea	249
(3) Pakistan	251
(4) Indien	251
(5) Afrika	253
(6) Zwischenfazit	254
bb) Abwägung im Einzelfall	254
d) Fehlende Angabe von Gründen für die Verweigerung der Zustimmung	255
e) Angabe von unzutreffenden Gründen für die Verweigerung der Zustimmung	256
f) Fazit	257
5. Ergebnis	257

III.	Sonstige Verhaltenspflichten gegenüber fremden Staaten, Nichtregierungsorganisationen und nicht-staatlichen Akteuren	258
1.	Faktische Probleme der Helfer im Katastrophenfall	258
2.	Verhaltenspflichten des Hilfe empfangenden Staates	260
a)	Schutz des Hilfspersonals	260
b)	Effektive und zeitnahe Durchführung der Hilfsmaßnahmen....	262
3.	Ergebnis	267
C.	Rechtsfolgen von Verhaltenspflichtverletzungen durch den betroffenen Staat	268
I.	Anwendung der Normen über die Staatenverantwortlichkeit	269
II.	Unterlassene Hilfeleistung gegenüber der eigenen Bevölkerung als völkerrechtliches Delikt	269
III.	Sanktionen durch internationale Organisationen, insbesondere Befugnisse des UN-Sicherheitsrates nach Kapitel VI und Kapitel VII der UN-Charta	272
1.	Einordnung einer Katastrophe als Situation, die geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden (Kapitel VI UN-Charta)	272
a)	Feststellung der Gefährdungssituation im Sinne von Art. 33 UN-Charta	272
b)	Reaktionsmöglichkeiten	273
2.	Einordnung einer Katastrophe als Bedrohung oder Bruch des Friedens im Sinne von Art. 39 UN-Charta (Kapitel VII UN-Charta)	274
a)	Feststellung der Bedrohung oder des Bruches des Friedens im Sinne von Art. 39 UN-Charta	274
b)	Reaktionsmöglichkeiten	276
IV.	Anwendbarkeit der Responsibility to Protect?	277
V.	Duldungspflicht einer humanitären Intervention durch die Staatengemeinschaft	279
VI.	Unterlassene Hilfeleistung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Maßgabe des IStGH-Statuts	280
1.	Handlung im Sinne von Art. 7 Abs. 1 IStGH-Statut	281
a)	Vorsätzliche Tötung (Art. 7 Abs. 1 lit. a) IStGH-Statut)	281
b)	Ausrottung (Art. 7 Abs. 1 lit. b) IStGH-Statut)	284
c)	Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung (Art. 7 Abs. 1 lit. d) IStGH-Statut)	286
d)	Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaften aus politischen oder anderen als unzulässig anerkannten Gründen (Art. 7 Abs. 1 lit. h) IStGH-Statut)	286
e)	Andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art (Art. 7 Abs. 1 lit. k) IStGH-Statut)	287
2.	Ausgedehnter oder systematischer Angriff gegen die Zivilbevölkerung	288

3. Kenntnis des Angriffs	290
4. Fallbeispiel: Subsumtion unter Art. 7 Abs. 1 IStGH-Statut im Falle des Umgangs der myanmarischen Militärregierung mit Zyklon Nargis	291
a) Fehlende Gerichtsbarkeit des IStGH	291
b) Beweissituation	292
aa) Erforderliches Beweismaß	292
bb) Beweislage	292
c) Täter	295
aa) Haftung der Untergebenen (Subsumtion unter Art. 7 IStGH-Statut)	295
(1) Verwirklichungsmöglichkeiten von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß Art. 7 Abs. 1 IStGH-Statut (Objektiver Tatbestand und Tathandlung)	295
(a) Mord und Ausrottung (Art. 7 Abs. 1 lit. a) und lit. b) IStGH-Statut)	295
(b) Vertreibung und zwangsweise Überführung (Art. 7 Abs. 1 lit. d IStGH-Statut)	296
(c) Andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art (Art. 7 Abs. 1 lit. k IStGH-Statut)	298
(d) Verfolgung (Art. 7 Abs. 1 lit. h IStGH-Statut)	300
(2) Systematischer oder weitreichender Angriff	300
(3) Subjektiver Tatbestand	300
(4) Rechtfertigungsmöglichkeiten	301
bb) Haftung der militärischen Befehlshaber (Art. 28 IStGH-Statut)	302
5. Ergebnis	302
VII. Zusammenfassung	303

3. Teil

Verhaltenspflichten der Staatengemeinschaft	304
A. Dogmatische Grundlagen potentieller Verhaltenspflichten der Staatengemeinschaft	304
I. Solidarität	304
1. Abstrakte Definitionsansätze des Solidaritätsbegriffes	306
2. Völkerrechtlicher Aussagegehalt des Solidaritätsbegriffes	307
a) Solidarität als Zustand	308
b) Solidarität als Prinzip	309
aa) Auslegungshilfe für bestimmte Bereiche des Besonderen Völkerrechts	310
bb) Auslegungshilfe für das gesamte Völkerrecht als Kooperationsregime	311
c) Solidarität als Menschenrecht	312

d) Solidarität als Wert	313
e) Zwischenergebnis	314
3. Materielle Bindungskraft des „Solidaritätsprinzips“	314
a) Staatenpraxis (Muster der Solidarisierung)	315
b) Fehlende Rechtsüberzeugung	317
4. Zwischenergebnis	319
II. Kooperationsprinzip im Völkerrecht	320
III. Courtoisie	322
IV. <i>Responsibility to Protect</i>	324
V. Menschenrechte	324
VI. Ergebnis	325
B. Spezifische Verhaltenspflichten der Staatengemeinschaft	325
I. Völkerrechtliche Rechte der Staatengemeinschaft im Verhältnis zu dem betroffenen Staat	325
1. Recht der Staatengemeinschaft und Internationaler Organisationen, dem betroffenen Staat Hilfe anzubieten	325
2. Recht, den eigenen Staatsangehörigen auf dem Staatsgebiet des betroffenen Staates Hilfe zu leisten	329
II. Völkerrechtliche Pflichten der Staatengemeinschaft gegenüber dem betroffenen Staat	331
1. Einordnung der Pflicht, von Katastrophen betroffenen Staaten Hilfe anzubieten und zu leisten, als Norm des Völkervertragsrechts	332
a) Verpflichtungen von Staaten	332
aa) Allgemeine völkerrechtliche Verträge	332
bb) Multilaterale Verträge auf dem Gebiet des Katastrophenhilfsvölkerrechts	332
cc) Sonderfall: Bereichsspezifische Verträge, die sich auf Katastrophen außerhalb jedweden Staatsgebietes beziehen ..	334
dd) Zwischenergebnis zum völkervertraglichen Stand von Hilfspflichten der Staatengemeinschaft	336
b) Verpflichtungen von Internationalen Organisationen: Institutionalisierte Herangehensweise an Katastrophen	337
2. Einordnung der Pflicht, von Katastrophen betroffenen Staaten Hilfe anzubieten und zu leisten, als Norm des Völkergewohnheitsrechts	342
a) Staatenpraxis	342
aa) Völkerrechtliche Verträge	342
bb) Praxis begründende Handlungen und Unterlassungen von Staaten	343
(1) Fallbeispiele für die zahlenmäßige Beteiligung der Staatengemeinschaft bei der Katastrophenhilfe im Zeitraum 2004 bis 2014	343
(a) Tsunami in Südostasien 2004	343

(b)	Hurrikan Katrina in den Vereinigten Staaten von Amerika 2005	345
(c)	Erdbeben in Kaschmir 2005	347
(d)	Zyklon Nargis in Myanmar 2008	347
(e)	Erdbeben in Haiti 2010	348
(f)	Überflutungen in Pakistan 2010	349
(g)	Tsunami und Erdbeben in Fukushima/Japan 2011	350
(h)	Ebola-Epidemie in Westafrika 2014	351
(i)	Erdbeben in Nepal im April und Mai 2015	351
(j)	Regional begrenzte Katastrophenfälle ohne extrem hohe Opferzahlen	352
(2)	Analyse und Zwischenergebnis	355
(a)	Vergleichbarkeit der bestehenden Staatenpraxis unter Berücksichtigung des Schadensausmaßes ...	355
(b)	Kontraindikationen gegen eine einheitliche Staatenpraxis	357
(c)	Zwischenergebnis	358
b)	Opinio iuris	359
aa)	Staatenäußerungen bei internationalen Organisationen und vor internationalen Ausschüssen	359
bb)	Soft law	361
cc)	Zwischenergebnis	362
c)	Rechtserkenntnisquellen zur Feststellung von Völkergewohnheitsrecht, Art. 38 Abs. 1 lit. d IGH-Statut	362
d)	Ergebnis	364
3.	Etablierung einer Pflicht, Hilfsanfragen des betroffenen Staates mit der gebotenen Sorgfalt und ermessensfehlerfrei zu prüfen ...	366
a)	Originäre völkergewohnheitsrechtliche Pflicht zur ermessensfehlerfreien Reaktion	366
b)	Aus dem Solidaritätsprinzip und Kooperationsprinzip abgeleitete Pflicht zur ermessenfehlerfreien Reaktion	367
c)	Parameter, die bei der Entscheidung über Art und Umfang der Hilfeleistung relevant sind und die zudem zur Abwendung einer bestehenden Hilfspflicht führen können	368
4.	Abschließende Bewertung	371
III.	Verhaltenspflichten bei der Durchführung der zwischenstaatlichen Hilfe	372
1.	Einhaltung der Gesetze des betroffenen Staates und Relevanz sonstiger humanitärer Grundsätze	373
a)	Grundsatz: Organisationsverantwortung des betroffenen Staates	373
b)	Geltung weiterer humanitärer Grundsätze	374
aa)	Humanität	375
bb)	Neutralität	376
cc)	Unparteilichkeit	377

dd) Nichtdiskriminierung	378
ee) Ergebnis	380
(1) Fehlende Staatenpraxis	380
(2) Geltung als allgemeine Rechtsgrundsätze, Art. 38 Abs. 1 lit. c IGH-Statut	381
(3) Praktischer Aussagegehalt des Humanitäts- und Nichtdiskriminierungsgrundsatzes	382
(4) Konflikt zwischen den Anordnungen des betroffenen Staates und den humanitären Grundsätzen – Fall- beispiel	384
2. Sonderfall: Einsatz von militärischen Streitkräften oder Kräften zur Zivilverteidigung	393
3. Konsequenzen bei der Verletzung von Verhaltenspflichten in Ausführung von Hilfsmaßnahmen, insbesondere Haftungsfragen . .	397
IV. Ergebnis	399

4. Teil

Aktuelle Entwicklungen, Zusammenfassung und Ausblick	401
A. Evaluation der Kodifikationsbemühungen der International Law Commission unter Berücksichtigung der Arbeit der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes	401
I. Überblick über die Draft Articles on the Protection of Persons in the Event of Disasters durch die International Law Commission	402
1. Zielsetzung und Entstehungsprozess	402
2. Inhalt	404
II. Überblick über die Guidelines for the Domestic Facilitation and Regulation of International Disaster Relief and Initial Recovery Assistance der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes	406
1. Zielsetzung und Entstehungsprozess	406
2. Inhalt	407
III. Evaluation der Arbeit der ILC unter Berücksichtigung der unter Berücksichtigung der Arbeit der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes	408
1. DAPPED: Kritik an Struktur und äußerer Form	408
2. DAPPED: Kritik an der inhaltlichen Konzeption	409
3. Kritik am Gesamtkonzept und dessen potentieller Wirkung auf die internationale Katastrophenhilfe unter Berücksichtigung der IFRK-Guidelines	414
4. Zusammenfassung	416
B. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick auf zukünftige Entwicklungen	417
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	417
1. Überblick	417

2. Verhaltenspflichten des betroffenen Staates	418
a) Völkergewohnheitsrechtlich geltende Verhaltenspflichten	418
b) De lege ferenda wünschenswerte Verhaltenspflichten.....	420
c) Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen verbindliche Verhaltens- pflichten.....	420
3. Verhaltenspflichten der Staatengemeinschaft	421
a) Pflicht zur Hilfeleistung in extremen Katastrophenfällen.....	421
b) Pflicht zur ermessensfehlerfreien Prüfung	422
c) Operative Verhaltenspflichten.....	422
II. Ausblick auf zukünftig zu untersuchende Schwerpunkte bei der Auseinandersetzung mit dem Katastrophenhilfsvölkerrecht	422

Annex

Übersicht über die Regelungen der DAPPED und IFRK-Guidelines	426
Literaturverzeichnis	452
I. Gerichtsentscheidungen.....	452
II. Literatur.....	455
Stichwortverzeichnis.....	469